

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 01.11.2023

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:36 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 D.-R.

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 40 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 8.1 „Verleihung des Ehrenbürgerrechts“ (FV/020/2023/Pro D-R) seitens des Einreichers zurückgezogen wird.

Die Tagesordnung wird geändert, ohne TOP 8.1, beschlossen. (40:00:00)

3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.09.2023

Die Niederschrift vom 20.09.2023 wird genehmigt. (39:00:01)

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert für den Zeitraum vom 20. September bis 01. November 2023 über folgende wesentliche Angelegenheiten:

- Einweihung bzw. Eröffnung der Synagoge in Dessau am 22.10.2023 im Beisein des Bundeskanzlers, des Ministerpräsidenten, des Botschafters von Israel, des Generalkonsuls der USA sowie weiterer hochrangiger Gäste. Auch Fraktionsvorsitzende haben teilgenommen, denn nicht zuletzt durch die großzügige Unterstützung der Stadt

Dessau-Roßlau war es möglich, die Synagoge zu errichten. Das Ereignis fand ein bundesweites Medieninteresse und wurde in überregionalen und lokalen Medien positiv aufgenommen.

- Besuch des Staatsministers für Kultur. Herr Staatsminister Robra hat die Stadt besucht, um sich als Schirmherr des Jubiläums 250 Jahre Philantropinum über den Stand der Arbeiten zu informieren. In diesem Zusammenhang fand auch eine Besichtigung der Baustelle der Wissenschaftlichen Bibliothek in der Zerbster Straße sowie ein Besuch des Gymnasiums Philantropinum statt.

- Der Standort der Firma Octapharma feierte sein 33-jähriges Standortjubiläum und das 40-jährige Bestehen der Firma Octapharma. Das Ereignis fand im Anhaltischen Theater, unter Begleitung der Philharmonie, mit einem großartigen Konzert statt. Er spricht Herrn Wengler dafür seinen Dank aus.

- Am 23. September 2023 wurde das 30-jährige Bestehen des Tumorzentrums Anhalt gefeiert. Dieses ist an das Städtische Klinikum angebunden.

- Am 11. Oktober konnte er als Oberbürgermeister in Brüssel an der Veranstaltung „European Committee of the Regions“ teilnehmen. Diese Veranstaltung fand mit dem Thema „Neues europäisches Bauhaus“ statt. Er hatte die Gelegenheit, die Perspektive der Stadt Dessau-Roßlau als die Wiege des historischen Bauhauses, das in seiner Leitidee das neue europäische Bauhaus berührt, darzustellen. Im Ausschuss der Regionen war ein deutliches Interesse erkennbar, dass die Stadt Dessau-Roßlau Teil des Projektes „Neues europäisches Bauhaus“ werden könnte.

- Am 19. Oktober hat die Preisverleihung der Arbeitgeberinitiative zum Thema familienbewusstes Arbeiten stattgefunden. Das Städtische Klinikum hat den ersten Preis bekommen.

- Die Grundschule „Tempelhofer Straße“ konnte heute nach umfangreicher Sanierung wieder in Betrieb genommen werden. Er spricht den zuständigen Beigeordneten, Frau Lohde und Frau Hachmann, sowie allen Kolleginnen und Kollegen aus der Bau- und Bildungsverwaltung seinen Dank aus.

- Am 17. September fand die 24. Auflage des Dessauer City-Laufes statt.

- Am 07. Oktober fand das 17. Dessau-Roßlauer Tanzturnier statt.

- Im September hat die zweite Spielzeit des Mitteldeutschen Theaters begonnen. Herr Hallervorden hat bereits Interesse signalisiert und angekündigt, eine weitere Spielzeit in der Marienkirche spielen zu wollen.

- Abschließend informiert er über die Teilnahme des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung an der EXPO REAL. Jährlich wird dort für den Standort Dessau-Roßlau als Investitionsstandort, insbesondere für den Immobilienbereich, geworben.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt den im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates am 20.09.2023 gefassten Beschluss „**Verkauf eines Grundstückes im Gewerbegebiet Dessau-Mitte**“ bekannt.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass im Berichtszeitraum die Eilentscheidung zur Bewilligung von außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen zur Gemäldegalerie und zum Georgium getroffen wurde. Die Eilentscheidung war erforderlich, weil mit diesen Mitteln auch Fördermittel vom Land verbunden sind.

Eine weitere Eilentscheidung betrifft den Erlass einer allgemeinen Vorschrift zur Festlegung des Höchsttarifes und des Ausgleichs von Mindereinnahmen einer Angelegenheit, die in der Federführung des Tiefbauamtes liegt. Es geht im Wesentlichen darum, die mit der Einführung des 49 Euro-Tickets verbundenen Mindereinnahmen bestmöglich zu kompensieren. Da nicht ganz erkennbar war, ob die Monate Oktober, November und Dezember finanziell erstattbar wären, wenn der Beschluss regulär gefasst worden wäre, wurde von der Möglichkeit der Eilentscheidung Gebrauch gemacht, auch um möglichst viele Einnahmen für die Stadt zu sichern.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Frau Münch erläutert, dass das Spielgerät (Wippe) auf dem Spielplatz an der Hauptstraße 143 in Roßlau beschädigt ist. Die Sturzmatten befinden sich in einem losen Zustand und stellen somit eine Unfallquelle für die spielenden Kinder dar. Auch nach mehrfacher Nachfrage im Ortschaftsrat Roßlau konnte ihr keine adäquate Antwort gegeben werden. Sie möchte explizit erfahren, wann die Sturzmatten befestigt werden.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, bedankt sich für den Hinweis und sichert eine schriftliche Beantwortung, in Zusammenarbeit mit dem Dezernat für Bauen und Stadtgrün, zu.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Ausführungen zum Haushalt 2024 durch Herrn Beigeordneten Ulbrich (Ausreichung des Entwurfes zum Haushalt 2024)

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, führt in den Haushalt 2024 mittels einer Power Point Präsentation ein, welche der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, rügt, dass die Power-Point-Präsentation für die Stadträte nicht im SessionNet einsehbar ist. Eine Vorbereitung auf die Sitzung ist unter diesen Umständen nicht möglich. Er fordert, mit dem Softwareanbieter ins Gespräch zu gehen und eine adäquate Ratsarbeit zu gewährleisten. Bei der Präsentation wurde vom „Best Case“ ausgegangen. Stadtrat Kellner möchte wissen, warum nicht vom „Worst Case“ oder vom Mittelmaß ausgegangen wurde. Er bezweifelt, dass die genannten Zahlen erreicht werden.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, stellt fest, dass im Jahr 2022 lediglich 37% der Investitionsmittel verbraucht wurden. Zum Stichtag 01.11.2023 wurden wiederum nur 33% im aktuellen Haushaltsjahr verbraucht, somit wurden 70% nicht genutzt. Er möchte wissen, welche Ursachen dem zugrunde liegen. Für die Mühlenstraße sind 4,2 Mio. Euro im Haushalt enthalten. Stadtrat Mrosek erbittet Auskunft über den derzeitigen Bearbeitungsstand. Er bezieht sich des Weiteren auf die enthaltenen 12,9 Mio. Euro für die Zerbster Brücke an der B 184 und möchte wissen, ob diese durch die Stadt finanziert wird, oder ob das in den Bereich des Bundes fällt. Die Kapitalerhöhung der DWG um 24 Mio. Euro begrüßt er, möchte jedoch wissen, welche Projekte konkret geplant sind. Abschließend kritisiert er ebenfalls, dass der „Worst Case“ nicht dargestellt wurde.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, möchte wissen, ob zu den Fragen eine Diskussion und Beantwortung in den Haushaltsberatungen gewünscht ist. Dies wird seitens der Stadträte bejaht.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, kritisiert die Darstellung der BUGA in der Präsentation und verweist auf die Beschlussfassungen zum Museum und zum Tierpark. Auf diese Weise wird die BUGA als Problem dargestellt und die erforderliche Akzeptanz damit nicht erreicht. Er möchte wissen, wann die Projektgruppe gebildet wird, die die BUGA auf den Weg bringt und sieht Schwierigkeiten bei der Kommunikation und Schwerpunktsetzung. Es bestand Einigkeit darüber, dass die BUGA ein Verbindungsglied für alle vorhandenen Aufgaben darstellt. Bezüglich der Investitionen wird erneut eine schleppende Umsetzung dargestellt. Aktuell besteht der Ansatz, Personal einzusparen. Stadtrat Schönemann sieht ein großes Problem in der Umsetzung in den Fachbereichen. Teilweise ist die Verwaltung nicht in der Lage, Leistungsverzeichnisse von Dritten unabhängig zu erstellen. Der derzeitige Zustand war in der Vergangenheit nicht vorhanden. Dahin muss zurückgekehrt werden, andernfalls ist eine Umsetzung aus seiner Sicht schwierig. Des Weiteren möchte er nicht, dass die Haushaltssperre als „Schreckgespenst“ angesehen wird. Mit diesem Instrumentarium soll erreicht werden, überlegt mit den Planungen und Konzepten umzugehen und zu überdenken, welche Investitionen notwendig sind, verschoben oder anders gestaltet werden sollten. Er kritisiert, dass dies in der Vergangenheit falsch kommuniziert wurde. Wenn im Personalbereich möglicherweise die Gehaltsaufwuch-

se für die Beamten nicht abgesichert werden können, leidet die Motivation, zukünftige Aufgaben attraktiv und engagiert umzusetzen. Die Fraktion Die Linke ist bereit, gemeinsam mit den anderen Fraktionen den Prozess konstruktiv zu begleiten.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, stellt fest, dass die Fragen in der Haushaltsdiskussion behandelt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass im Investitionsplan des Haushaltsentwurfes zur BUGA spürbare Akzente formuliert sind. Diese werden in den Haushaltsberatungen im Detail dargestellt. Er erinnert an die Summe für den Muldebalkon und den Lustgarten oder das klare Bekenntnis, den Wohnstandort weiter aufwerten zu wollen.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, sieht es als Notwendigkeit, den Haushalt in die entsprechende Form zu bringen. Es wurden einige Punkte in dem Haushaltsentwurf nicht genannt, wie beispielsweise das große Investitionsbedürfnis der DVV, der Glaspalast und der umfangreiche Kulturplan. Diese Herausforderungen müssen gewichtet und in einen umsetzbaren Kontext gebracht werden. Stadtrat Fackiner sieht eher den „Worst Case“, gerade im Hinblick auf das Krankenhaus. Nach seiner Einschätzung besteht jedoch mit Durchhaltevermögen und entsprechender Arbeit eine gute Chance, nach Ende der derzeitigen problematischen Phase besser dazustehen. Bei den 85 Mio. Euro handelt es sich um eine Momentaufnahme. Ein Teil des vorhandenen Betrages begründet sich darin, dass Projekte nicht umgesetzt werden können. Er bittet die Presse um eine angemessene Berichterstattung. Stadtrat Fackiner stellt fest, dass die Stadt vor einer großen Herausforderung steht und zeigt sich erfreut über die Verständigung, in eine Aufgabenkritik zu gehen (Verstärkung der Effektivität des Personaleinsatzes).

Herr Adamek, Fraktion der CDU, bittet um eine Auflistung sämtlicher offener Beschlüsse, die in den Haushalt aufgenommen wurden oder keine Aufnahme gefunden haben bis zum Beginn der Haushaltsdebatte.

6.2 Haushaltswirtschaftliche Sperre gem. § 27 KomHVO für Aufwendungen und Auszahlungen des Ergebnishaushaltes der Stadt Dessau-Roßlau 2023 **Vorlage: BV/270/2023/II-20**

Die nachfolgend dargestellte haushaltswirtschaftliche Sperre wird beschlossen. Sie tritt sofort nach Beschlussfassung in Kraft.

1. Alle Ansätze der Aufwendungen und Auszahlungen des Ergebnishaushaltes im Haushaltsplan der Stadt Dessau-Roßlau des Haushaltsjahres 2023, zu deren Leistung die Stadt nicht rechtlich und unaufschiebbar verpflichtet ist bzw. die nicht für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unabweisbar sind oder die nicht mit einem Zuwendungssatz von mindestens 65 % gefördert werden,

- sind für die Verfügung der Fachämter in voller Höhe gesperrt.
2. Angesichts der erheblichen Tarifsteigerungen unterliegen Stellenneuschaffungen und Stellenwiederbesetzungen einer gesonderten Prüfung.
 3. Mehrerträge und -einzahlungen sind vorrangig nicht für Mehraufwendungen und -auszahlungen verwendbar, sofern es sich nicht um zweckgebundene Erträge/Einzahlungen handelt.
 4. Ein Verstoß gegen die haushaltswirtschaftliche Sperre entspricht einer Dienstpflichtverletzung und kann somit disziplinarische Folgen haben.

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, legt einen Auszug des Gesamtvolumens an Sozialleistungen (Stand 01.11.2023) der Stadt Dessau-Roßlau dar:

• Bruttoausgaben	33.000.000 Euro
○ Sozialhilfe nach 12. Sozialgesetzbuch Ohne Hilfe zur Pflege	8.000.000 Euro
○ Bürgergeld, kommunale Leistung und Kosten der Unterbringung	17.844.000 Euro
○ Leistungen nach dem Asylbewerber- leistungsgesetz ohne Unterkunft	3.273.000 Euro
○ Freie Wohlfahrt sowie Zuwendungen an Trägern	468.000 Euro

Weiterhin informiert sie, dass die Wohngeldleistungen, das Elterngeld, die Hilfe zur Pflege sowie die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung von den Bundes- bzw. Landeskassen gezahlt werden.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, bedankt sich für die ausführliche Übersicht und merkt an, dass er die Kosten der Unterbringung erfahren möchte.

Des Weiteren möchte er wissen, wieso der Stadtjäger derzeit dem Tiefbauamt untergeordnet ist und nicht dem Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung. Im Amt für öffentliche Ordnung und Sicherheit wäre der Stadtjäger aufgrund kürzerer Amtswege besser aufgehoben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass diese Thematik bereits wohlwollend geprüft wird. Wenn im Rahmen der Prüfung resultieren sollte, dass die Sinnhaftigkeit einer Anordnung im Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht, dann

wird er im Zuge seiner Organisationshoheit den Vollzug festlegen. Weiterhin informiert er, dass der Stadtjäger nachts jagen darf.

Herr Kellner, Fraktion CDU, geht auf das Thema der Zerbster Brücke ein. Er erläutert, dass der Hafen in Roßlau erst wirtschaftlich ertüchtigt wurde und große Wirtschaftsstandorte in Roßlau bestehen. Durch die Problematik mit der Zerbster Brücke sieht er den Wirtschaftsstandort als gefährdet an und befürchtet, dass Unternehmen sich an anderen Standorten ansiedeln.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Dezernentin für Bauen und Stadtgrün, berichtet von einer Zusammenkunft am 06.11.2023 u. a. mit dem Ortschaftsrat Roßlau sowie einigen Unternehmen. Danach soll eine abschließende Prüfung erfolgen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, thematisiert die Angleichung der Lebensverhältnisse in den beiden Stadtteilen Dessau und Roßlau, insbesondere geht er auf das vorhandene Spielplatzentwicklungskonzept ein. Es gab zahlreiche Hinweise der Bürgerschaft über die Pflegezustände der Spielplätze. Er möchte wissen, ob auf der Grundlage des vorhandenen Spielplatzentwicklungskonzepts die Verhältnisse in Roßlau adäquat an die von Dessau angepasst werden können. Er informiert des Weiteren, dass die Fraktion in nächster Zeit die Spielplätze besichtigen und dem Fachamt das entsprechend angefertigte Protokoll zukommen lassen wird.

Des Weiteren spricht er die Thematik des Stadtjägers an. Herr Schönemann verweist auf die Stellungnahme der Stadtverwaltung im Artikel der Mitteldeutschen Zeitung. Er erklärt, dass der Wildschweinbestand in manchen Bereichen bereits reduzierter war als er jetzt ist und dass auch andere Tierarten aktiver geworden sind. Er bittet darum, dass der Stadtjäger dem Dezernat bzw. dem Amt zugeordnet wird, in dem er seine Aufgabe am besten erfüllen kann.

Frau Bürgermeisterin Lohde informiert, dass sie einen Umsetzungsantrag stellen wird. Nach der Prüfung von Herrn Beigeordneten Horváth wird der Oberbürgermeister entsprechend handeln.

Herr Geiger, fraktionslos, erläutert, dass die Intention der Nachnutzung der Bietheschule für ein Haus der Vereine aus Dessau-Roßlau besteht. Er möchte diesbezüglich den aktuellen Stand erfahren und wann mit der Umsetzung zu rechnen ist.

Die zweite Anfrage von Herrn Geiger bezieht sich auf die Lebenshilfe in Roßlau. Die Roßlauer Lebenshilfe hat ein Konzept erarbeitet, welches vorsieht, Menschen mit Behinderung sowie Einschränkungen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Leiterin der Lebenshilfe wünscht sich eine Unterstützung seitens der Stadt. Herr Geiger übergibt Frau Beigeordnete Hachmann das Kurzkonzept und bittet um schriftliche Antwort an ihn sowie an die Leiterin der Lebenshilfe in Roßlau.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, begrüßt das Inklusionskonzept und bedankt sich für solche Vorschläge. Sie weist darauf hin, dass seit September 2023 eine kommunale Behindertenbeauftragte (Frau

Koppe) in der Stadtverwaltung angestellt ist. Frau Koppe ist die richtige Ansprechpartnerin bei solchen Angelegenheiten.

Herr Geiger thematisiert weiterhin die politische Bewegung in Roßlau. Derzeit kursieren Flugblätter mit der Aufschrift „Roßlau sagt Nein zum Asylantenheim“ von der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ in Roßlau. Diese rufen auch zu Gewalt gegen Geflüchtete auf. Diese Problematik sollte sehr ernst genommen werden. Er möchte wissen, mit welchen Maßnahmen der Gefahrenabwehr, die nicht der Hoheit der Polizei obliegen, die Stadtverwaltung gedenkt, präventiv die Sicherheit der Menschen, insbesondere der Geflüchteten, im Stadtteil Roßlau sicherzustellen. Er bittet um eine schriftliche Aufschlüsselung der relevanten Maßnahmen durch die zuständigen Ämter.

Des Weiteren bedankt er sich für die Umsetzung der Ehrenamtskarte, wo er als ehemaliges Mitglied der Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste Optimierungsvorschläge eingebracht hat.

Frau Perl, Fraktion SPD, berichtet von einem älteren Bildungsbericht, in dem ersichtlich ist, dass ein erheblicher Teil von Kindern unter 6 Jahren keine Kindertageseinrichtung besuchen. Sie möchte wissen, wie hoch aktuell der Anteil der Kinder unter 6 Jahren ist, die keine Kindertageseinrichtung besuchen und welche Maßnahmen ergriffen werden können, damit diese Kinder „schulreif“ sind.

Herr Adamek, Fraktion CDU, berichtet über eine Beschlussvorlage, die die Beschlusskontrolle thematisiert. Diese wurde am 30.05.2018 beschlossen und sollte bis zum 30.06.2018 umgesetzt werden. Der Stadtrat bekommt zwar Berichte zu den Baumaßnahmen, aber er ist nie auf dem aktuellsten Stand. Er stellt die Frage, ob diesbezüglich ein Tool existiert und ab wann es einsetzbar ist.

Frau Ziemba, persönliche Referentin des Oberbürgermeisters, erläutert, dass dieses Beschlusstool für die Beschlusskontrolle bereits existiert, aber nicht angewendet wird. Die Sitzungsbearbeiter können damit u.a. Festlegungen aufnehmen, Termine festlegen, Abfragen an die Verwaltungen geben und Abarbeitungsstände erfragen. **Herr Stadtrat Adamek** bedankt sich für die Antwort und hofft auf eine baldige Umsetzung.

Herr Fricke, Fraktion SPD, begrüßt die Umsiedlung des Stadtjägers zum Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung. Dennoch müssen dringend Gespräche mit dem Stadtjäger, Herrn Tietz, geführt werden. Es ist unverständlich, dass Herr Tietz für jeden Einzelfall eine Sondergenehmigung benötigt. Des Weiteren sollte der Standort des Dienstwagens besprochen werden. Herr Fricke informiert, dass er im letzten Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt um eine Gesprächseinladung für Herrn Tietz sowie Herrn Mitsching gebeten hatte. Des Weiteren erläutert er ein Problem mit einer Wildschweinrotte im Gewerbegebiet Mitte. Für die Bejagung müsste die B 185 (Argenteuiler Straße) mit Hilfe der Polizei über Nacht

abgesperrt werden. Die Kosten der Amtshilfe belaufen sich auf 8.000 € und müssten von dem Träger der Gefahrenabwehr, Stadt Dessau-Roßlau, getragen werden.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, kann derzeit keine genauen Angaben zum Aufgabengebiet von Herrn Tietz machen, da dieser noch dem Dezernat für Bauen und Stadtgrün zugeordnet ist. Grundsätzlich ist eine Zustimmung des Personalrates notwendig, aber in der Zukunft soll eine pauschalisierte Genehmigung geschaffen werden. Das heißt, der Stadtjäger könnte dann auch ohne eine spezifische Zustimmung handeln. Im übernächsten Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt wird das Thema ausführlich behandelt. Die Abstimmung über die Einladung der Jäger muss noch mit der Bürgermeisterin erfolgen.

Frau Bürgermeisterin Lohde informiert, dass laut der Einschätzung des Stadtjägers, dieselben Zustände wie 2018/2019 herrschen. Dieser Zustand muss sich ändern, weshalb dem Stadtjäger die Nacharbeit ermöglicht werden sollte, ebenso die Möglichkeit der Schießung, wenn diese notwendig ist. Eine Klärung erfolgt bereits auf höchster Ebene. Ein weiteres existenzielles Thema ist die Ausdehnung der Waschbären. Dagegen muss nun auch vorgegangen werden und der Lösungsweg wird bereits auf höchster Ebene sowie mit Herrn Tietz besprochen. Es ist jedoch nur eine saisonale Thematik, da bei den Waschbären Schonfristen sowie die Winterruhe zu beachten sind.

Frau Müller, Fraktion CDU, berichtet, dass der Spielplatz im Bietheweg sowie der Spielplatz an der Rietzke gemäß dem Spielplatzentwicklungskonzept saniert, neu ausgestattet und ordnungsgemäß übergeben wurde. Der Spielplatz im Mozartweg wurde noch nicht fertiggestellt. Des Weiteren thematisiert sie die Nachnutzung der Bietheschule. In diesem Zusammenhang gab es eine Vor-Ort-Begehung mit dem Amt für Zentrales Gebäudemanagement. Eine Beschlussvorlage wird erarbeitet.

7 Beschlussfassungen

7.1 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zum 31.12.2022

Vorlage: BV/168/2023/I-ATD

Beschluss:

Der durch die unabhängige Henschke und Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Töpferplan 1, 06108 Halle (Saale) geprüfte und bestätigte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene, durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellte und durch den Betriebsausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss vorberatene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 118.126,01 EUR und einer Bilanzsumme in Höhe von 26.493.801,39 EUR wird gemäß § 19 (4) EigBG festgestellt (Formblatt 7).

Abstimmungsergebnis: 39:00:00 (ohne Stadtrat Mrosek)

7.2 Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau - Ergebnisverwendung
Vorlage: BV/169/2023/I-ATD

Beschluss:

1. Der Jahresgewinn in Höhe von 118.126,01 EUR wird der zweckgebundenen Rücklage zugeführt.
2. Der Abschreibungswert des Jahres 2022 Altes Theater in Höhe von 129.841,62 EUR wird der zweckgebundenen Rücklage Altes Theater entnommen und der zweckgebundenen Rücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01 (ohne Stadträte Mrosek u. Kaßner)

7.3 Entlastung der Betriebsleitung Anhaltisches Theater Dessau für das Jahr 2022
Vorlage: BV/170/2023/I-ATD

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, dankt der Theaterleitung für die geleistete Arbeit.

Beschluss:

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau wird für das Jahr 2022 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01 (ohne Stadträte Mrosek u. Kaßner)

7.4 Bebauungsplan Nr. 168 A1 "Biopharmapark Dessau" – Billigungsbeschluss und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: BV/221/2023/I-61

Beschluss:

1. Die in den Anlagen beigefügten Entwürfe
 - des Bebauungsplanes Nr. 168 A1 "Biopharmapark Dessau" in der Fassung vom 05.07.2023 (Anlage 2),
 - der dazugehörenden Planbebründung mit Umweltbericht in der Fassung vom 05.07.2023 (Anlage 3),und

- des Kompensationsvertrages in der Fassung vom 30.08.2021 (Anlage 5)

werden gebilligt. Zusammen mit den in Anlage 3.1 bis 3.3 und 4 aufgeführten Unterlagen werden sie zur Veröffentlichung im Internet nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die Veröffentlichung im Internet sowie die zusätzliche öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB werden beschlossen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung ist zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00 (ohne Stadträte Mrosek u. Kaßner)

7.5 4. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau für die Ortschaft Rodleben im Bereich des Biopharmaparks – Billigungsbeschluss und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: BV/222/2023/I-61

Beschluss:

3. Der in der Anlage 2 beigefügte Entwurf der 4. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Dessau in der Fassung vom 29.06.2023 und die dazugehörige Planbebründung mit Umweltbericht (Anlage 3) werden gebilligt und zusammen mit den wesentlich bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen und Stellungnahmen (Anlage 4) zur Veröffentlichung im Internet nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die Veröffentlichung im Internet sowie die zusätzliche öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB werden beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung ist zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00 (ohne Stadträte Mrosek u. Kaßner)

**7.6 Beschluss über die 15. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Dessau und die Aufstellung zum Bebauungsplan Nr. 229 "Stadteingang Ost – Mühleninsel" im Parallelverfahren
Vorlage: BV/233/2023/I-61**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, unterbricht die Sitzung um 17:32 Uhr für eine 20-minütige Pause.

Beschluss:

1. Für das in Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellte Gebiet wird beschlossen, die 15. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Dessau mit der Bezeichnung "Stadteingang Ost – Mühleninsel" einzuleiten.
2. Für das in Anlage 3 zu diesem Beschluss dargestellte Gebiet wird beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 229 "Stadteingang Ost - Mühleninsel" aufzustellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung ist zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen.
4. Für die Beauftragung eines geeigneten Planungsbüros und erforderlicher Gutachter wird eine Bindungsermächtigung in Höhe des Haushaltsansatzes für das Produktkonto des Bebauungsplans Nr. 229 für das HH Jahr 2024 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.7 3. Novellierung des Maßnahmebeschlusses
BV/243/2020/IV-41 vom 14.10.2020 zur Sanierung des Blumengartenhauses im Park Georgium zur Unterbringung der Museumspädagogik der Anhaltischen Gemäldegalerie
Vorlage: BV/110/2023/III-65**

Beschluss:

Der Gesamtausgabebedarf für die Sanierung des Blumengartenhauses erhöht sich von 1.414.000,00 € brutto auf 1.650.000,00 € brutto.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.8 Finanzmittel zur Niederschlagsentwässerung in der Ortschaft Mosigkau - Vorlage: BV/003/2023/OR Mosig

Herr Weber, Ortsbürgermeister Mosigkau, stellt folgenden Änderungsantrag:

Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 1.100.000 Euro aufgeteilt auf die Haushaltsjahre 2024, 2025 und 2026 zur Umsetzung des Konzeptes der Niederschlagsentwässerung in Dessau-Mosigkau wird beschlossen.

Es wurde sich auf 3 Maßnahmen geeinigt:

- Bruchbreite bis zum Kreuzungsbereich Kiebitzweg (einschließlich Kiebitzweg) und der Errichtung eines Entwässerungsbeckens
- Bereich Orangeriestraße, südlicher Teil
- Bereich Wachtelweg

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, zeigt sich erfreut

Die Änderung wird von der Verwaltung übernommen.

Geänderter Beschluss:

Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in den Haushaltsjahren 2024, 2025 und 2026 in Höhe von insgesamt 1.100.000 Euro zur Umsetzung des Konzeptes der Niederschlagsentwässerung in Dessau-Mosigkau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:04

7.9 Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses **Vorlage: FV/021/2023/V-StR**

Beschluss:

1. Rücktritt von Herrn Chris Büchner als Mitglied des Jugendhilfeausschusses.
2. Neuwahl von Herrn Burkhardt Ratzmann als stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses auf Vorschlag der Fraktion AfD.

Abstimmungsergebnis: 31:02:07

7.10 Gendern in der Stadtverwaltung und in den städtischen Eigenbetrieben abschaffen
Vorlage: FV/019/2023/AfD

Herrn Geiger, fraktionsloses Stadtratsmitglied, ist eine Anweisung zum Gendern innerhalb der Stadtverwaltung nicht bekannt. In diesem Zusammenhang verweist er jedoch auf Art. 2 des Grundgesetzes. Seiner Meinung nach sollte niemandem Vorschriften bezüglich des Genderns gemacht werden. In den Mails der Stadtverwaltung der letzten Tage an ihn konnte er kein Gendern feststellen.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, zitiert aus einem Schreiben der Gleichstellungsbeauftragten sowie aus einem Artikel des Stadtrates Jüling im Amtsblatt mit Genderformulierungen. Auch von Beschäftigten der Stadtverwaltung ist ihm bekannt, dass Genderformulierungen verwendet werden. Er weist darauf hin, dass die Bildungsministerin von Sachsen-Anhalt das Gendern an Schulen untersagt hat. Die Amtssprache Deutsch soll erhalten werden.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, spricht sich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung aus. Gendern steht nicht im Zusammenhang mit der deutschen Sprache. Menschen sind mit Respekt, Wertschätzung und Verständnis zu begegnen, wie es in der Verfassung verankert ist.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, stellt den Antrag, der Gleichstellungsbeauftragten der Stadtverwaltung das Rederecht zu erteilen.

Frau Heß, Gleichstellungsbeauftragte, berichtet von ihrer diesbezüglichen Stellungnahme, die dem Oberbürgermeister und allen Fraktionen übermittelt wurde. Innerhalb der Verwaltung existiert keine Anweisung bezüglich des Genderns. Sie persönlich möchte alle Menschen einschließen. Aus diesem Grund wählt sie Genderformulierungen, um niemanden zu diskriminieren. Ein Verbot hält sie für falsch. Frau Heß hat der Verwaltung geschlechtsneutrale Formulierungen empfohlen.

Stadtrat Mrosek erklärt, dass seine Fraktion sich ebenfalls dafür ausspricht, dass jede Person sich bezüglich seines Verhaltes, des Geschlechts betreffend, selbst entscheiden kann. Aus biologischer Sicht gibt es jedoch zwei Geschlechter (Mann und Frau).

Herr Fricke, Fraktion der SPD, verwendet aus sprachlichen Gründen keine Genderformulierungen, außer in einem Rahmen, in dem es erwartet wird und er sich nicht wohl dabei fühlen würde, es nicht zu tun. Eine Grundsatzdiskussion möchte er nicht führen. Er spricht sich klar für Toleranz/Liberalität und gegen ein Verbot aus.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, beantragt das Ende der Debatte (31:02:07).

Der Stadtratsvorsitzende stellt fest, dass Stadtrat Fackiner noch auf der Rednerliste steht und erteilt diesem das Wort.

Stadtrat Fackiner, Fraktion die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erachtet es als wichtig, über Sprache und über den Transport mittels Sprache nachzudenken. Diese hat sich im Laufe der Zeit immer verändert. Die gefundenen Lösungen erachtet er als nicht optimal. Er spricht sich jedoch für Offenheit aus. Keinesfalls möchte er, dass anderen Personen diesbezüglich Vorschriften gemacht werden. Es ist wichtig, sich darauf zu konzentrieren, was gesagt wird und dass Respekt für die Menschen gezeigt wird, die mit der Sprache ihren täglichen Unterhalt bestreiten (z.B. Servicebereich, Gästebetreuer, medizinisches Personal). Der Inhalt ist in den Vordergrund zu stellen.

Zur Lösung des Stadtentwicklungsproblems und zum Erreichen einer stabilen Bevölkerungsebene bittet er um Offenheit und Transparenz.

Stadtrat Mrosek beantragt für die Fraktion der AfD die **Durchführung einer namentlichen Abstimmung**.

Der Stadtratsvorsitzende führt eine namentliche Abstimmung zur Fraktionsvorlage durch.

Abstimmungsergebnis: 15:19:06

Die Beschlussvorlage wird **abgelehnt**.

Die Dokumentation zur namentlichen Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, bittet um eine klare Aussage über den weiteren Umgang mit dem Thema. Eine Anweisung zum Gendern ist innerhalb der Verwaltung nicht vorhanden und damit ist die Amtssprache das in der Schule gelehrt Deutsch. Er erfragt, ob dies so zutrifft.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass aus der Historie heraus die Empfehlung zu einer geschlechtsneutralen Formulierung besteht, mit der alle Formen angesprochen werden. Es sollen klare und deutliche Aussagen verwendet werden. Eine verbindliche Genderregelung bei Formulierungen ist nicht vorhanden. Auf Nachfrage des Stadtratsvorsitzenden bestätigt Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, dass das Schuldeutsch innerhalb der Verwaltung anzuwenden ist.

7.11 Einführung von Notfalldosen in Dessau-Roßlau **Vorlage: FV/022/2023/CDU**

Aufgrund einzelner Hinweise aus den Fraktionen, wie zum Beispiel, dass die Notfalldosen nicht in der Tourist-Information angeboten werden sollten, verweist **Herr**

Adamek, Fraktion CDU, darauf, dass das bei entsprechender Gestaltung ein guter Merchandise-Artikel sein könnte.

Herr Adamek beantragt das Rederecht für die Rettungssanitäterin, Frau Anna Sarholz, die aufgrund ihres Berufes etwas zu dem Thema Notfalldosen sagen kann.

Dem Antrag, Frau Sarholz das Rederecht zu erteilen, wird mehrheitlich zugestimmt. (36:01:03)

Frau Sarholz geht auf den Rettungsdienstalltag ein. Sie erklärt, dass es den Menschen, für die sie da sind, im Normalfall nicht gut geht. Wenn die Patienten selbst nicht mehr antworten können und wichtige Informationen von Angehörigen, wie bspw. zu Medikamenten, nicht gegeben werden können, kann das zu schweren Komplikationen führen. Die Lösung wäre eine Notfalldose. Diese ist klein und beinhaltet alles, was für den Rettungsdienst wichtig ist. Sie wird im Kühlschrank aufbewahrt und ist für den Rettungsdienst der beste und einfachste Ort, um die Notfalldose zu finden. In den Notfalldosen befinden sich zwei kleine Aufkleber, die an die Eingangstür geklebt werden. Somit ist ersichtlich, dass es eine Notfalldose in dem Haus gibt. Die Notfalldose beinhaltet eine Broschüre. In dieser sollte im Idealfall ein Foto vom Besitzer drauf sein, damit man weiß, um wen es sich handelt. Ansonsten sind alle regulären und wichtigen Informationen, wie die Patientenvorgeschichte, Krankheiten, Medikamente, Notfallkontakte etc. enthalten, die helfen, den Patienten bestmöglich zu versorgen. Für den Rettungsdienst wäre das eine unglaubliche Hilfe, die Leben retten kann.

1. Die Stadt Dessau-Roßlau bietet über das Bürgerbüro und die Tourist-Information sogenannte „Notfalldosen“ zum Kauf an. Die Notfalldose wird zum Einkaufspreis an die Bürger weitergegeben.
2. Geprüft wird, ob über Sponsoren sowie über Unterstützung durch Dritte, oder die kommunalen Eigenbetriebe und Gesellschaften der Stadt Dessau-Roßlau, eine kostenfreie Abgabe an sozialschwache Bürgerinnen und Bürger erfolgen kann.
3. Die Bewerbung zur Verfügbarkeit der Notfalldosen erfolgt über das Amtsblatt der Stadt an alle Haushalte.

Abstimmungsergebnis: 30:01:09

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt Nichtöffentlichkeit her.

10 **Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wird durch den **Vorsitzenden, Herrn Rumpf**, geschlossen.

Dessau-Roßlau, 14.12.23

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer